



DIE WELT, 28.09.2018, Nr. 227, S. 13 / Ressort: FINANZEN

Rubrik: Finanzen

Bei der **Energiewende** droht der Kontrollverlust

Harsche Kritik des Bundesrechnungshofs: Das Management des Generationenprojekts sei katastrophal. Die Replik der Regierung überrascht

Daniel Wetzel

Der Bundesrechnungshof hat der Bundesregierung ein weitgehendes Versagen bei der Steuerung der **Energiewende** vorgeworfen. Der Aufwand für den ökologischen Umbau der **Energieversorgung** stehe in einem "krassen Missverhältnis zu dem bisher dürtigen Ertrag", sagte Rechnungshof-Präsident Kay Scheller in Berlin: "Die Bundesregierung droht mit ihrem Generationenprojekt der **Energiewende** zu scheitern."

Ein gutes Jahr vor dem klimapolitischen "Meilenstein 2020" zog das Kontrollgremium eine geradezu katastrophale Bilanz der **Energiepolitik**. Bei der angestrebten Reduktion der Treibhausgasemissionen und des Primärenergieverbrauchs werde Deutschland seine Ziele ebenso verfehlen wie bei der Steigerung der **Energieproduktivität** und der Steigerung des Anteils erneuerbarer **Energien** im Verkehr. Gleichwohl habe die Politik enorme Kosten produziert.

"In den letzten fünf Jahren wurden für die **Energiewende** mindestens 160 Milliarden Euro aufgewendet", heißt es in dem Bericht: "Steigen die Kosten der **Energiewende** weiter und werden ihre Ziele weiterhin verfehlt, besteht das Risiko des Vertrauensverlustes in die Fähigkeit von Regierungshandeln."

Der Bundesrechnungshof hatte der Regierung bereits 2016 bescheinigt, keine Übersicht über die Kosten der **Energiewende** zu haben. Im Bericht fällt die Kritik noch härter aus, weil sie einen generellen Kontrollverlust nahelegt.

Nach den aktuellen Zahlen des Bundesrechnungshofes hat die **Energiewende** allein 2017 rund 34 Milliarden Euro gekostet. Darunter fallen neben den Aufwendungen des Bundes von knapp 8 Milliarden Euro auch die Belastungen der Letztverbraucher, insbesondere durch die EEG-Umlage. "Von Seiten der Bundesregierung gibt es hierzu übrigens keinen Gesamtüberblick über die Kosten, keine Transparenz."

Dabei sei der Ressourcenverbrauch zur Umsetzung der **Energiewende** "beispiellos". So beschäftigten die Bundesministerien und die nachgeordneten Behörden im vergangenen Jahr rund 675 Personen Vollzeit, davon allein 300 im Bundeswirtschaftsministerium, verteilt auf 34 Referate und vier Abteilungen. Daneben gebe es auf Bund-Länder-Ebene mindestens 45 Gremien, die sich mit der **Energiewende** befassen. Der Aufwand, der hier betrieben werde, stehe für sich fast schon im Widerspruch zu einem Hauptziel der **Energiewende**: dem sparsamen und effizienten Umgang mit knappen Ressourcen.

All dies mache deutlich: "Viel hilft nicht unbedingt viel." Denn trotz großer Daten-Sammelwut gebe es keinen Gesamtüberblick. Das Wirtschaftsministerium nutze 48 verschiedene Datenquellen, um anhand von 72 Indikatoren den Stand der **Energiewende** zu überprüfen, und dennoch "fehlt es an aussagekräftigen Daten, die für die Steuerung relevant sein könnten". Viele Daten hätten kaum Steuerungswert oder stünden zu spät bereit, oft würden aber auch aus ihnen "falsche Schlüsse gezogen".

Das Dickicht unnötiger und komplizierter Fördermechanismen sei "kaum mehr durchschaubar", kritisierte Scheller. Beispielsweise habe die Bundesregierung das Ziel gehabt, im Programm "StepUp!" zur Verbesserung der Stromeffizienz von Unternehmen pro Jahr 1000 Anträge zu bewilligen. Tatsächlich bewilligt wurden am Ende genau zehn.

Dasselbe gelte für die Förderung der Elektromobilität, die kaum angenommen werde. "600 Millionen Euro sind weitgehend fehlgeleitet", stellt der Rechnungshof fest. So gebe es viele Beispiele, bei denen "die Antragszahlen verdursteten oder die Mittel nicht abfließen: Bei acht von 16 Förderprogrammen betrug der Mittelabfluss 2017 weniger als 50 Prozent."

Vorschläge, wie es besser gehen könnte, macht der Bundesrechnungshof auch: Statt des undurchdringlichen Förder-Dschungels und wild wuchernder Gesetze wäre eine CO₂-Bepreisung eine einfache und transparente Alternative, die längst auch von Expertenkommissionen der Bundesregierung gefordert wird. Zur besseren Koordinierung der **Energiewende** sei eine Stabstelle auf Staatssekretärs-Ebene denkbar, ein interministerieller Ausschuss sowie ein Bund-Länder-Ausschuss.

Die Bundesregierung wies die Darstellung zurück. Dabei argumentierte das von Peter Altmaier (CDU) geleitete Bundesministerium für Wirtschaft und **Energie** überraschend: Die Regierung halte die **Energiewende** für "effektiv und effizient koordiniert" und sehe "keinen Handlungsbedarf." Dabei ging das Ministerium jedoch nicht auf die weitgehende Zielverfehlung der **Energiewende** ein.

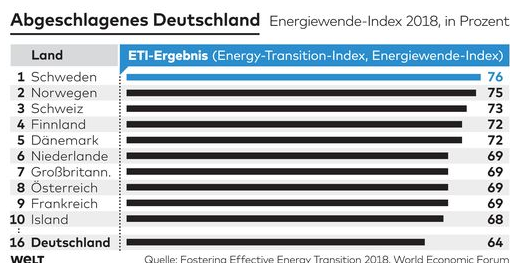
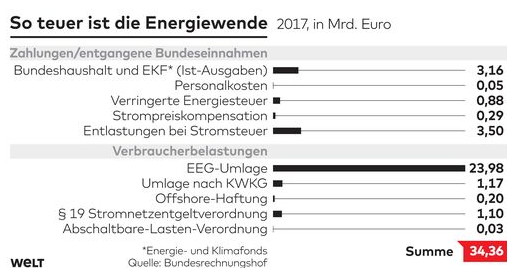
Überraschend erklärte das Bundeswirtschaftsministerium auch, dass man die milliarden schwere Umlage nach dem **Erneuerbare-Energien**-Gesetz nicht zu den Kosten der **Energiewende** zählen könne. Bislang galt diese EEG-Umlage zur Subventionierung der Ökostrom-Produktion im Gegenteil stets als der eigentliche Kern der **Energiewende**. Auch bei den milliarden schweren Entlastungen der Industrie von den **Energiewendekosten** handele es sich "um industriepolitische und nicht um energiewendebedingte Maßnahmen, die ebenfalls nicht der **Energiewende** zugerechnet werden dürfen".

Ihre Weigerung, eine transparente Kosten-Nutzen-Bilanz der **Energiewende** aufzustellen, erklärte die Bundesregierung damit, dass man diese Kosten nur mit einem "kontrafaktischen Szenario" vergleichen könne. Weil Stromnetze und Kraftwerke auch ohne **Energiewende** hätten erneuert werden müssen, sei nur ein Vergleich einer **Energiewende**-Welt mit einer Welt ohne **Energiewende** aussagekräftig. Ein solcher sei aber wegen der großen Zahl unsicherer Grundannahmen nicht zu leisten.

Der Bundesrechnungshof hält diese Entgegnungen nicht für haltbar. "Auffällig ist, dass sich das Bundeswirtschaftsministerium nicht zu den teils erheblichen Zielverfehlungen geäußert hat", stellt der Bundesrechnungshof fest.

Insgesamt versuche das Bundeswirtschaftsministerium, "den Eindruck zu erwecken, die derzeitige Koordination und Steuerung der **Energiewende** sei im Wesentlichen optimal ausgestaltet", schreiben die Prüfer. Entscheidende Verbesserungen seien unumgänglich: "Andernfalls könnte in der deutschen und der internationalen Öffentlichkeit der Eindruck entstehen, Deutschland sei nicht imstande, die gesamtgesellschaftlich und langfristig angelegte **Energiewende** erfolgreich zu gestalten und umzusetzen."

Daniel Wetzel



Quelle: DIE WELT, 28.09.2018, Nr. 227, S. 13

Ressort: FINANZEN

Rubrik: Finanzen

Dokumentnummer: 159662995

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/WELT_4dd198c854482a8882f526e29fe19bc2f0a5bbd2

Alle Rechte vorbehalten: (c) WeltN24 GmbH